

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Nachvorschriften ausgeschlossen. • Postk.-Konto Hannover Nr. 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 48. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Überband Bochum.

## Heinrich Limberg ist tot!

Wieder stehen die freigeordneten Bergarbeiter an der Totenbahre eines ihrer Besten. Heinrich Limberg, der Redakteur der „Bergbau-Industrie“, ist tot! In jahrzehntelanger unermüdlicher Betätigung in der sozialistischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hat er verhältnismäßig frühzeitig seine Lebenskräfte verbraucht, so daß ihm jetzt, 57jährig, der unerbittliche Tod ein vorzeitiges Ende setzen konnte. Selbst ein Proletariatskind, ging er nach seiner Schulenklassung den Weg zum Bergwerk, um die schwere Arbeit des Kumpels aufzunehmen. Intelligent und aufgeweckt, wie Heinrich Limberg immer war, hatte er gar bald als Kumpel die richtige soziale Orientierung gefunden und sich in frühester Jugend unserem Verbande als Mitglied angeschlossen. Schon die ersten Versammlungen, die er als junges Mitglied besuchte, ließen ihn die Erkenntnis gewinnen, daß der Arbeiterkampf vor allem eins fehle: die Schulung. Er wußte aber auch sofort, daß das, was der Masse nützt, der einzelne gewinnen müsse. Keine Gelegenheit ließ er deshalb verstreichen, die ihm die Möglichkeit zur Bereicherung seines Wissens bot. Er war bald in allen Versammlungen und Abendkursen der Partei und Gewerkschaft zu finden, wo er mit rastlosem Eifer mit seiner theoretischen Fertigung und Vervollkommnung sich abmühte. So fiel er den leitenden Funktionären gar bald ins Auge, die sich ebenso bald klar waren, daß in diesem jungen eifrigen Menschen wertvolle Eigenschaften stecken, die sich die Bewegung weitmöglichst nutzbar machen müsse. Man übertrug ihm zuerst eine Reihe ehrenamtlicher Funktionen, in denen er das in ihn gesetzte Vertrauen vollumfänglich rechtfertigte. Das führte dazu, daß er dann auch gar bald in der Agitation angehebt wurde und später hauptsächlich in die Arbeiterbewegung eintrat.

Dieser Werdegang, von seinem Eintritt ins Arbeitsverhältnis bis zu seiner hauptberuflichen Verwendung in der Arbeiterbewegung, war schon eine Zeitspanne, in der sich Heinrich Limberg viele Verdienste für die proletarische Sache erworben hatte. Organisation von Versammlungen, Hausagitation, Flugblattverteilung, Zeitungsverbearbeitung, das war seine liebste Tätigkeit in seiner freien Zeit. Und dieser stets drängende Arbeitswille bestimmte auch sein Wirken in der Bewegung als hauptberuflicher Funktionär. Ob als Arbeitersekretär für die Gewerkschaften, ob als Agitationsleiter in der politischen Bewegung, ob als Redakteur an der Tagespresse, ob als Redakteur an unserem Verbandsorgan, ob als Abgeordneter im Landtag oder Reichstag, ob als leitender Funktionär in der Parteibewegung, ob als Mitglied der Bergarbeiterinternationale, immer war er sich gleich in dem Streben, die letzten Möglichkeiten auszunutzen, um mit seiner Wirksamkeit den höchstmöglichen Nutzen für die Arbeiterklasse herauszuholen.

Kein Wunder war es deshalb, daß sich Heinrich Limberg, der viel politische Schikane, Strafen, Gefängnis und Verfolgung erdulden mußte als unangenehme Begleiterscheinung seines so verdienstvollen Wirkens, das Vertrauen der

Arbeiter in so hohem Maße erringen konnte. Aber nicht nur das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erringen, war ihm gelungen, sondern, was ebenso sehr für ihn spricht: er wußte sich vor allem auch die Achtung der sozialen Gegenspieler zu erringen, der Arbeitgeber. Mit Otto Hue zusammen war Heinrich Limberg einer der gefürchtetsten Kämpfer in der Reihe der rheinisch-westfälischen Arbeiterorganisationen, besonders in der ersten Zeit nach der Revolution. Unerschrocken stand er in diesen Zeiten seinen Mann, in denen er nicht nur am Bau einer neuen Zeit mitzuwirken unermüdlich bemüht war, sondern auch nur wie durch Zufall den mörderischen Augen irregeleiteter Radikalinstis entging.

So stand Heinrich Limberg in den letzten Jahren, von seinen Freunden geachtet, von seinen Feinden gefürchtet, ein echter proletarischer Kämpfer, wie sie nicht allzu oft unserer Bewegung geschenkt werden. Das hat auch dazu geführt, als damals unser unvergeßlicher Otto Hue starb und dessen Stuhl auf der Redaktion unseres Verbandsorgans frei wurde, daß unser Verbandsvorstand auf den Gedanken kam, diesen leer gewordenen Platz auszufüllen mit unserem Heine. Limberg. Er war damals Redakteur des sozialdemokratischen Parteiorgans in Essen. Kein Besinnen gab es für ihn, dem Rufe des Vorstandes seiner Organisation zu folgen und seine Tätigkeit nach Bochum zu verlegen. Seinen Wohnsitz bezieht er aber in Essen bei, wo er bis zu seinem Tode, der ihn am Sonntag, dem 3. April, in das All zurückrief, verblieb. Hierzu wurde er bestimmt durch die Tatsache, daß er den Parteibezirk Essen der SPD. im Reichstag vertrat und er mit seiner Wohnung unter seinen Genossen, die ihn gewählt hatten, verbleiben wollte, um auch ihnen mit seiner praktischen Tätigkeit immer zur Hand sein zu können. Auch das beweist seinen unermüdlichen Arbeitswillen und daß ihm nichts fern lag, als Bequemlichkeit.

Wir, die wir Heinrich Limberg aus nächster Nähe kannten, mit ihm zusammen waren und zusammen arbeiteten, wissen am besten, welche ungeheure, fast menschenunmögliche Opferbereitschaft diesen Mann erfüllte, wo es galt, in der Bewegung sich zu betätigen. Er war schon jahrelang ein kranker Mann, ohne es seine weitere Umwelt merken zu lassen. Auf Mahnungen, sich zu schonen, gab er zur Antwort, daß er zu jung hierzu sei und lieber in den Selen sterben wolle, als sich so frühzeitig zur Ruhe zurückziehen. Und so hat er es in der Praxis auch gehalten. Nie hat er, und wenn er körperlich noch so angegriffen war, eine Versammlung oder andere Betätigung in der Bewegung abgelehnt, wenn er darum angegangen wurde. Parteiversammlungen, Gewerkschaftsversammlungen, Konferenzen, Jugendtreffen, Frauenstunden, Arbeiterwohlfahrtsitzungen, kurz, alles war ihm genehm und immer war er bereit, wenn man ihn rief.

Und wie als Kämpfer, so war er als Mensch. Heinrich Limberg, als Mensch schließlich, als Freund und Kamerad, ist wohl ebenso schwer zu ersetzen wie als Arbeiter in seinem Berufe. Mit Heinrich Limberg Streit bekommen, war nicht

gut möglich. War er wirklich im Unrecht, wo Meinungsverschiedenheiten auftraten, dann war er so klug, das sehr schnell herauszufinden und hatte soviel freien Mut, das im gleichen Momente zuzugestehen. War er im Rechte, aber sein Gegner hat das nicht einsehen wollen, dann war er so großzügig, zu schweigen, in der Gewißheit, daß die Zukunft und die Tatkraft ja von selbst sein Recht offenbaren werden. So wußte er sich liebende Achtung zu verschaffen bei allen, die mit ihm Umgang zu pflegen hatten. Und das waren immer sehr viele, weil viele gern seinen Umgang suchten. Nun ist das vorbei, er hat uns für immer verlassen müssen. Lange aber wird er noch im Gedächtnis nicht nur der Bergarbeiterschaft, sondern auch großer Teile der gesamten Arbeiterschaft weiterleben. Hat ihn doch in Rheinland-Westfalen fast jeder Arbeiter gekannt. Und gar viele sind es, die ihr geistiges Rüstzeug aus der literarischen Werkstatt Heinrich Limberg bezogen haben. Die Artikel, die er in der Tages- und Gewerkschaftspresse sowie in wissenschaftlichen Zeitschriften und Handbüchern veröffentlichte, zählten nach Tausenden. Auch hat er Broschüren und Bücher geschrieben über soziale Fragen, Sozialisierung, Weltanschauungskämpfe, Gewerkschaftspolitik und zuletzt das jetzt in neuer Auflage erschienene Buch mit einer kurz gehaltenen Verbandsgeschichte aus der Zeit von Kriegsausbruch bis heute.

So hat uns Heinrich Limberg viel geholfen und viel gegeben. Und trotzdem ist uns nun sein Helmgang ein kaum faßbarer Verlust. Wir glaubten immer, trotz seiner Krankheit, die ihn schon während der letzten Monate der aktiven Arbeit entzog, daß er doch wieder so weit zu Kräften käme, um uns wenigstens noch eine Zeitspanne seinen Rat zu leihen, gerade in diesen schwierigen Zeiten. Er kannte ja die Geschichte des Ruhrgebiets und seiner sozialen Kämpfe sowie dessen soziale Struktur, wie nur noch wenige der aktiven Kämpfer. Das Schicksal hat es anders gefügt. Wir wissen ihm heißen Dank für all seine Mühen und Taten und werden versuchen, an dem großen Werke der Arbeiterbefreiung, der er sein ganzes Arbeitsleben geopfert und dessen frühzeitiges Opfer auch er nun selbst, gerade wie sein großer Vorgänger Otto Hue, geworden ist, in seinem Geiste und in seinem Willen weiterzuarbeiten und seine geschichtliche Vollendung zu erreichen. Auch wenn der vergängliche Rest an ihm jetzt tot ist, er wird im Kampfe doch immer spürbar neben uns stehen, weil seine geistigen Werte und seine geschriebenen Gedanken weiterleben und immer mit und zu uns sprechen werden. So ist uns, trotz seinem Hinscheiden, Heinrich Limberg eigentlich kein Toter im vulgären Sinne. Seine Schriften und Aufsätze hatten uns die Verbindung mit ihm über diesen Tod hinaus wie mit jemand, der sich irgendwo auf ferner Reise befindet so, als ob auch wir ihm wieder irgendwann und irgendwo auf dieser Reise begegnen werden. Bis dahin: Lebe wohl, Heinrich Limberg, und Glückauf zu deiner großen Fahrt!

## An alle Gewerkschaftsmitglieder! — Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Am 13. März habt ihr Hitler geschlagen. Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt gilt es, euren Sieg auszunutzen! Die Reihen eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender geschlagen werden!

Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen! Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig. Wer jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein politischer Narr. Wer für Hitler stimmt, schmiedet sich und euch neue Ketten!

## Jede Stimme für Hindenburg ist ein Hammerschlag gegen die Feinde eurer Freiheit!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Leipzig.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Auffhäuser.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Falkenberg.

# Aus dem Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft.

II.

## Der Saarbergbau.

dessen Förderung in Höhe von rund 11 1/2 Mill. T. in 1931 um etwa 14 Prozent gegen die ziemlich gleich gebliebene Jahresförderung der letzten Vorjahre gesunken ist, hat im Absatz wie in der Lage der Belegschaft ebenfalls scharf den Druck der Wirtschaftskrise zu spüren gehabt. Er beklagt bitter die zu hoch gespannte Preispolitik der französischen Bergwerksdirektion und den mangelnden Markt in Frankreich selbst, zu dessen Deckung ja die Ueberzeugung der Gruben in französischem Besitz durch das Versailler Diktat für notwendig erklärt worden war, und seine Belegschaft (einschließlich Nebenbetriebe), deren Zahl von rund 75 000 Köpfen Ende 1924 auf rund 53 000 Ende 1931 zurückgeschraubt ist, hat unter Lohnsenkungen und starken Forderungen, die in dem benachbarten lothringischen Kohlenbergbau wesentlich weniger eingeleitet worden sind, schwer zu leiden. Mit besonderer Sorge steht sie zusammen mit den beteiligten Betriebsangehörigen des Saargebietes der anscheinend unvermeidlichen Stilllegung der ganzen Bergwerksinspektion n. d. Hendt (rund 5000 Mann Belegschaft) entgegen. Die Frage der vorzeitigen Rückgliederung der Saargebietes ruht unter dem Einfluß der allgemeinen politischen Verhältnisse seit längerer Zeit vollkommen.

## Aus der Braunkohlenwirtschaft.

Mengen- und auch verhältnismäßig günstiger in Produktion und Absatz als die Steinkohle hat im Berichtsjahr der deutsche Braunkohlenbergbau abgemessen: mit rund 133 1/2 Millionen Tonnen war die Braunkohlenförderung im Berichtsjahr nur um lediglich 12 1/2 Millionen Tonnen oder 8,8 Prozent niedriger als im Vorjahr, und zwar trifft der Rückgang den Tiefbau stärker als den Tagebau. Die Gesamtgewinnung übertrifft freilich diejenige des letzten Friedensjahres nur noch um reichlich 52,5 Prozent, während sie ja bekanntlich im Jahre 1929 etwa das Doppelte der Friedensförderung ausgemacht hatte. Wesentlich geringer ist der Abfall der Briquettherstellung: sie war mit einer Jahresmenge von beinahe 32 1/2 Millionen Tonnen nur um reichlich 1 1/2 Millionen Tonnen, das sind 4,6 Prozent, kleiner als in 1930 und übertrug diejenige von 1913 noch um etwa 47,5 Prozent. Die Produktionsumtriebe sowohl in Rohbraunkohle wie in der Briquetterzeugung trifft härter, und zwar ziemlich gleichmäßig, Ostpreußen und das Rheinland, während Mitteldeutschland wenigstens seine Briquettherstellung sogar etwas, um etwa 1,3 Prozent, gegen das Vorjahr steigern konnte. Die bayerische Braunkohle hat ein volles Drittel ihrer Gewinnung verloren. Auch in dieser geringeren Beeinträchtigung des Produktionsergebnisses der Braunkohle gegenüber der der Steinkohle kommt das oben schon betonte augenfällige Uebergewicht des Hausbrandbedarfes über die industriellen Anforderungen an Kohlen zur Geltung. Die Braunkohle bildet sich eben besonders mit ihren Briquets, die jetzt in einzelnen Absatzgebieten auch gern in handlichen Bündeln gekauft werden, immer ausgesprochener zum Hausbrandbrennstoff aus. In Groß-Berlin konnte sie im Berichtsjahr ihren Anteil an der Gesamtstromerzeugung dieses Bezirkes auf den bisher höchsten Stand von 35,05 Prozent steigern. Der industrielle Absatz ließ aber auch bei ihr jetzt zu wünschen übrig. Die Rohbraunkohle als starke Kraftquelle für die Elektrizitätserzeugung bekam fühlbar die schwächere Beschäftigung der deutschen Elektrizitätswerte, die, am erzeugten Strom gemessen, um etwa 12 Prozent geringer als im Vorjahr geschätzt wird, zu spüren.

Der Braunkohle gelang es anders als der Steinkohle, im vergangenen Sommer in allen drei Revieren eine namhafte Verringerung ihrer Erde 1930 ungewöhnlich hoch aufgelaufenen Stapelbestände herbeizuführen und so die in diesen Mengen stehenden großen Werte zu mobilisieren. Offenbar waren der Handel wie auch die Verbraucher von Briquetvorräten völlig entblößt gewesen; freilich ist seit dem Herbst wieder ein erneutes Anwachsen der Stapel zu beobachten, das auch unter dem Einfluß der neuerlichen Preislenkung nicht aufzuhalten war. Auch die Kältemelle des Februar 1932 hat hierin keinen entscheidenden Wandel geschaffen.

Bei der Auflösung der großen Briquetstapel wie auch sonst hatten sich im Bereiche des Leipziger Braunkohlen-Syndikates unter dem bei den Absatzschwierigkeiten immer hemmungsloser gewordenen Wettbewerb der an seinem Betrieb beteiligten Werksbetriebsgesellschaften recht auffällende Preisunterbietungen herausgebildet, die zu lebhaften Klagen namentlich des Handels, aber auch der anderen Braunkohlensyndikate führten und schließlich das Reichswirtschaftsministerium, nachdem die Versuche behufs anderweiter Abstellung der Unzulänglichkeiten gescheitert waren, zu der Nichtigkeitserklärung des geltenden Syndikatsvertrages nötigten. Mit vieler Mühe ist es dann gelungen, Wäite Jan. 1932 eine neue Syndikatsverfassung zu schaffen, die geeignet erscheint, bei richtiger Anwendung für die Zukunft die Wiederkehr der besagten Uebelstände zu verhüten. Die Folgen dieser unliebsamen Entwicklung hat das Syndikat jetzt bei der jüngsten Preislenkungsaktion zu spüren bekommen. Die durch die Dezemberverordnung vorgeschriebene zehnprozentige Senkung der sogenannten Reichsanzeigerpreise hatte nämlich für gewisse Verbrauchergruppen des Syndikates eine effektive Verbilligung überhaupt nicht oder in für unzureichend gehaltenem Umfang mit sich gebracht, da die von ihnen bisher angeforderten Preisunterbietungen gezahlten Kampfpreise schon merklich unter dem Reichsanzeigerstand lagen. Diese Erfahrungen führten zu Beschwerden und zu einem Eingriff des durch die Verordnung neu geschaffenen Reichskommissars für Preisüberwachung. Ihm gegenüber hat sich das Syndikat bereit erklären müssen, diese Unstimmigkeiten im Wege der gütlichen Verständigung mit den Beteiligten innerhalb kürzester Frist zu ordnen. Bei dieser Gelegenheit ist zur großen Ueberraschung der an dem deutschen Kohlenwirtschaftsgeheim interessierten Kreise offenbar geworden, daß durch die Dezemberverordnung auch für die Betreuung der Preispolitik der Kohlenyndikate, die man abschließend durch Kapitel I der Verordnung in Verbindung mit dem Kohlenwirtschaftsgeheim und seinen Ausführungsbestimmungen geregelt glaubte, neben den durch letztere Vorschriften geschaffenen mehrfachen Instanzen, unter denen der Reichswirtschaftsminister jede Preisherabsetzung auch ohne Zustimmung des Reichskohlenverbandes und Reichskohlenrat ohne weiteres ausprechen kann, nun noch ein neues Preiskontroll- und Lenkungsorgan in dem genannten Reichskommissar, und zwar mit den weitestgehenden Befugnissen, geschaffen worden ist. In einer Zeit, wo die ganze deutsche Welt mit Recht nach einer Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung ruft, bedeutet diese Art Ueberorganisation, für deren Einrichtung zumal bei der gegebenen Zuständigkeit des Reichswirtschaftsministers wirklich kein rechter Grund ersichtlich ist, in der Tat eine sehr eigenartige Erscheinung. Die Folgen sind auch nicht ausgeblieben. Viele alte Fragen aus dem Gebiet der Kohle, die von den Organen der Kohlenwirtschaft längst eingehend behandelt waren, sind unter Ausnutzung der neuen Konstitution von neuem seitens der Interessenten hervorgeholt und vor das Forum des Reichskommissars und seines ganz anscheinlich angewachsenen Verwaltungsapparates gebracht worden, wo sie nun von neuen Männern mit neuer Sorgfalt bearbeitet werden.

Daß auf diese Weise die Ruhe und Stetigkeit, die der Kohlenmarkt nachgerade ganz besonders braucht, nicht gefördert wird, erhellt ohne weiteres. Besonders bedenklich erscheint aber neuerdings die generelle Uebertragung der Befugnisse des Reichskommissars auf die obersten Landesbehörden, die durch dessen Bekanntmachungen vom 23. und 29. Februar 1932 ausgesprochen worden ist.

Besondere Aufmerksamkeit hat der Reichskommissar auch dem Kohlenhandel zugewendet, indem er durch Verordnung vom 16. Dezember 1931 dem Einzelhandel bei der Kalkulierung seiner Preise neben der Berücksichtigung der Senkung der Preise der Produktion und der Frachten auch noch eine Ermäßigung seiner bisherigen Handelsspanne um 15 Prozent und um den Betrag der erhöhten Umsatzsteuer kurz und bündig vorgeschrieben hat. Diese Regelung hat in den betroffenen Kreisen starkes Befremden hervorgerufen, das den, der seit langem die von der allgemeinen Not der Kohle nicht verschont gebliebene, durch die Auswirkung der Osthilfe-Verordnung noch erschwerte Lage des Kohlenhandels verfolgt, nicht weiter mundernehmen kann.

Der süddeutsche Kohlenbedarf, der entsprechend der ganzen deutschen Absatzlage im Berichtsjahr auch, aber nur um nicht ganz 8 Prozent, also um reichlich 2 Prozent weniger als der gesamte deutsche Kohlenverbrauch, gegen das Vorjahr gesunken ist, ist in der Steinkohle wiederum in steigendem Maße von dem

Austande gedeckt worden, während in der Braunkohle das heimische Erzeugnis das fremde etwas zurückgedrängt hat. In der Gesamtsteinkohlenversorgung war das Anteilsverhältnis des Inlandes zum Ausland 82,5 Prozent zu 17,5 Prozent, während es im Jahre 1930 noch 84,3 Prozent zu 15,7 Prozent gewesen war, in der Gesamtbraunkohlenversorgung ist das Anteilsverhältnis des Inlandes dagegen von 82,2 Prozent auf 84,9 Prozent gestiegen, das des Auslandes aber von 17,8 Prozent auf 15,1 Prozent gefallen. An der Steigerung des Auslandsanteils an der Gesamtsteinkohlenversorgung war besonders Holland, in geringem Maße Großbritannien beteiligt, während von den inländischen Produktionsgebieten die Ruhr ihren Anteil auch in diesem Jahre weiter von 44,4 Prozent im 1930 auf 41,1 Prozent gesenkt ließ. West-Obersteien und Sachsen dagegen ihren Versorgungsanteil ersteres von 6,7 Prozent auf 7,6 Prozent, letzteres von 9,5 Prozent auf 9,8 Prozent, haben steigern können. Der Versorgungsanteil der inländischen Braunkohle ist von 19,7 Prozent im Jahre 1930 auf 21,5 Prozent im Berichtsjahr angewachsen.

Der ostpreussische Kohlenmarkt weist im Berichtsjahr keine wesentliche Änderung in seinen Versorgungsquellen gegen die letzten Vorjahre auf. Die britische Kohle hat hier keine Fortschritte gemacht, ist im Gegensatz zur Vorkriegszeit, wo sie etwa ein Viertel des ostpreussischen Steinkohlenbedarfes bedeckte, jetzt nur mit knapp 5 Prozent Gesamtversorgung beteiligt. Etwas beginnt Holland, namentlich in Koks, in Erscheinung zu treten. Von den inländischen Versorgungsgebieten hat West-Obersteien in 1931 gegenüber dem Vorjahr eine Einbuße von etwa 2 Prozent an seinem Versorgungsanteil, der aber immer noch 59,6 Prozent der Gesamtversorgung betragen hat, zu beklagen, ein Verlust, der im wesentlichen dem ostfälischen Brüttel zugute gekommen ist.

# Die Staubplage beim Blasversatz im Bergbau.

Die Entwicklung der Rationalisierung im Bergbau bringt es mit sich, daß man versucht, auch das Verfehlen der ausgekohlten Grubenzimmer mit geeignetem Verfehlmaterial, mit Steinen, Bergen, Sand, Ufche usw. maschinell zu gestalten. Die Konzentration der Abbaubetriebe, die ihren Ausdruck in dem modernen Großbruischenbetrieb findet, fördert noch diese Entwicklung.

Schon in früheren Jahren glaubte man in dem Spülversatz eine rein maschinelle Verfehlmethode gefunden zu haben. Das zur Verfügung stehende Verfehlmaterial mußte in Brechwerken zerkleinert werden und es wurde dann mittels Wasser durch geeignete Rohrleitungen an die Verfehlstellen gepült. Der recht umständliche Spülversatz konnte in der Praxis zur allgemeinen Anwendung nicht durchdringen, weil er zu teuer war und weil das aus den Verfehlräumen abfließende Wasser mit seinen Beimengungen die Grubenzimmer zu sehr verschmutzte und auch den Betrieb zu sehr behinderte.

In den letzten Jahren hat man die Grundidee des Spülversatzes wieder aufgenommen. Statt des Wassers wird Preßluft als Betriebsstoff verwendet und die Idee wurde in praktischer, durchaus brauchbarer Weise zu dem System des Blasversatzes verarbeitet. Die Blasversatzanlage wird zweckmäßigerweise im Zentrum eines ganzen Abbaufeldes errichtet, um von dieser Stelle aus verschiedene Abbaustellen belieben zu können. Zur Blasversatzanlage gehört ein stapelförmiger Bergebunker, unter den die Verfehlmaschine angebaud ist und in den oben die Berge, und zwar möglichst in kleiner Korngröße eingekippt werden. Diese Berge werden in eigens dazu hergestellten Rohrleitungen mit Preßluft in die zu verfehlenden Abbauräume geschleudert.

Dieser Blasversatz scheint sich im Bergbau zu bewähren und die Anwendung desselben wird in der Praxis immer intensiver. Die rationelle Auswirkung dieser Neuerung ist auch im Zeitalter der Rationalisierung enorm, denn bei Anwendung des Blasversatzes werden immerhin 80 Prozent der Arbeiter gespart, die sonst beim Verfehl beschäftigt waren.

Doch einen großen Uebelstand muß man auch bei dieser rationellen Verfehlmethode feststellen: die Staubplage. Bei den

ersten tastenden Versuchen in der Praxis hat man zum Blasversatz nur die meist noch feuchten Walsberge, wie sie täglich aus den Kohlenwäschern der Zechen anfielen, genommen. Dabei machte sich eine unangenehm wirkende Staubentwicklung wenig oder gar nicht bemerkbar. Mit der zunehmenden Einführung des Blasversatzes müssen die Zechen aber immer mehr auf trockenere und sehr feinkörniges Verfehlmaterial zurückgreifen. Rein technisch betrachtet, zieht man sogar neuerdings trockenere Material vor, da sich dieses besser verarbeiten läßt. Die Blaswirkung bei trockenem Verfehl ist größer und die unangenehme, zu Betriebsstörungen führende Begleiterscheinung, daß die nasen Berge sich in den Bergebunkern festsetzen, fällt bei trockenem Verfehl ganz weg. Dazu kommt, daß bei der Konzentration des Bergbaues immer weniger Steine im Grubenbetrieb selbst anfallen und daher der größte Teil des notwendigen Verfehlgutes, wie Sand, Ufche und ausgebrannte Halbenberge von außen zugeführt werden müssen.

Gerade durch dieses Verfehlmaterial wird aber eine enorme Staubentwicklung beim Verblasen hervorgerufen, da der Sand in der Regel bis zu 90 Prozent aus Korngrößen unter 1 Millimeter besteht und auch Ufche und alte Halbenberge bei der Aufmischung durch Preßluft ebenfalls einen sehr großen Teil an feinem Staub aufweisen. Dieser Uebelstand beim Blasversatz äußert sich auf verschiedene Art: einmal wird das Russenfeld derart verschmutzt, daß man die beim Füllen neben und unter die Russen fallenden Kohlenmengen nicht mehr gewinnen kann oder man muß bei der Gewinnung eine wesentliche Erhöhung des Ufchengehaltes in der Feinkohle in Kauf nehmen. Bei der heute sehr scharfen Konkurrenz muß es aber mit allen Mitteln vermieden werden, daß durch den Staub beim Blasversatz der Ufchengehalt der Koksfläche oder der Briquettkohle größer wird, weil dadurch eine Minderbewertung dieser Erzeugnisse, die zu erhöhten Absatzschwierigkeiten führt, nicht ausbleibt. Ferner werden die Arbeiter durch den aufgewirbelten Staub bei ihrer Arbeit gehindert und, da es sich hier in der Hauptsache um scharfkörnigen Staub handelt, in ihrer Gesundheit geschädigt.

Analog dieser Auswirkungen sucht man auch immer mehr den Abbauräum, also den Kohlenstoß und das Russenfeld vom Verfehlraum zu trennen. Das geschieht durch die üblichen Verfehlverschlüsse, die aus Verfehlsteinen mit Maschendraht bestehen und die mit Holzpihen usw. verstreift werden. Dieser Abschluß genügt wohl, die Kohlenhauer vor der Belästigung durch groben Staub zu schützen, aber gerade der feine Staub, der auch durch ein weitausgehendes Verfehlstein und durch Räden am Liegenden oder Hangenden der Verfehlwand dringt, ist so überaus schädlich für den menschlichen Organismus. Und dieser feine Staub bringt durch alle Poren des Abschlusses durch, um so mehr, als das Blasrohr gewöhnlich gegen das Hangende der Verfehlstelle gerichtet wird, um auf diese Weise einen möglichst dichten Verfehlversatz zu erhalten. Der Hauer an der Ausblasseite leidet natürlich am heftigsten unter der Einwirkung des Staubes, da stets ein Zurückprallen der Luft zu beobachten ist.

Es müssen nun aber unter allen Umständen Mittel und Wege gefunden werden, um die Staubentwicklung beim Blasversatz auf ein Mindestmaß herabzudrücken und die Arbeiter gegen den Staub zu schützen, da sonst sich bei jedem in der Nähe des Blasversatzes arbeitenden Menschen in kurzer Zeit die Anzeichen einer Gesteinstaublunge bemerkbar machen und völlige Einbuße der Gesundheit und schließlich Erwerbsunfähigkeit zu befürchten ist.

Vor allem muß zwischen Kohlenstoß bzw. Abbaufeld und Verfehlraum ein völlig dichter und staubundurchlässiger Abschluß geschaffen werden. Es gibt auch heute schon verschiedene Neuerungen auf diesem Gebiete, die besser dem Zweck entsprechen als die alten billigen Verfehlgewebe. Ein brauchbares Verfehlmaterial für den Blasversatz muß zum mindesten aus Draht geflecht mit dichtem Rappergewebe, also einer in das Drahtgeflecht eingemagelten Zellulose bestehen. Auch muß ein solches Verfehlmaterial ziemlich steif sein, damit es am Hangenden und Liegenden etwa 10 bis 20 Zentimeter nach dem Verfehlraum zu umgeklappt werden kann, um so auch an diesen Stellen einen lückenlosen Abschluß zu erzielen.

Bei der Anwendung geeigneten Materials zum Blasversatz spielt die Kostenfrage vom Standpunkt der betreffenden Zechenverwaltung aus die Hauptrolle. Einfaches Verfehlstein, das, wie betont, für den Blasversatz nicht zweckentsprechend ist, kostet heute etwa 15 bis 17 Pf. pro Quadratmeter. Gutes, undurchlässiges Drahtgeflecht mit Rappergewebe kostet aber 35 Pf. pro Quadratmeter, so daß die Anwendung des letzteren eine Mehrbelastung von rund 10 Pf. pro Tonne Kohlen ergibt. Die Kostenfrage darf aber in diesem Zusammenhang keine Rolle spielen, da einmal angesichts der enormen Ersparnisse beim Blasversatz gegenüber dem Handversatz die geringen Mehrkosten für besseres Verfehlmaterial gar nicht ins Gewicht fallen und zudem die Gesundheit und die Sicherheit der Arbeiter über alles gehen muß.

Falls es nicht gelingt, die Belästigung der Arbeiter durch den Staub an der Arbeitsstelle ganz zu unterbinden, sei es durch einen soliden, in allem einwandfreien Verfehl oder sonstige Mittel, so ist eben von dem trockenem Blasversatz abzusehen, d. h., das Verfehlmaterial muß in der Wischmaschine durch Wasserzufuhr angefeuchtet werden. Auf alle Fälle ist zu fordern, daß alle maßgebenden Faktoren diesem neu auftretenden Uebelstand im Bergbau ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

## Uchtung! Kameraden!

Noch kürzlich meldete die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“, daß sich der Mitgliederstand des Unternehmerverbandes in Rheinland-Westfalen seit 1925

## um das Dreifache gesteigert

habe. Durch diese Neubetritte in der Krisenzeit sei der Mitgliederstand im Langnamverein mehr als ausgedehnt worden. Die Unternehmer brüsten sich also ihrer verstärkten Organisationsmacht. Während sie so einerseits ihren Klassenkampf organisieren, versuchen sie unablässig,

## die Gewerkschaften zu zerschlagen.

Jedes Mittel dazu ist ihnen recht. So entfaltet die Unternehmerpresse gegenwärtig eine ungeheure Propaganda für die Befestigung der Tarifverträge. Während die Unternehmer sich immer fester zusammenschließen, soll durch die Zerschlagung der Tarife innerhalb der Arbeiterchaft ein Kampf aller gegen alle ausgelöst werden. Jeder einzelne Arbeiter soll, um seinen Arbeitsplatz zu behalten, zu jeder Bedingung arbeiten. Das ist das Ziel der Unternehmerpolitik. Die gewerkschaftlichen Erregungskraften sollen völlig beseitigt werden. Darüber hinaus versucht man unablässig,

## die Gelben und Nazis hochzuzüchten.

Mit Hilfe dieser gefinnungschwachen Elemente versucht man, eine Söldnertruppe zu organisieren, die die gewerkschaftliche Widerstandskraft entscheidend lähmen soll. Eine ungläubliche Hege soll das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften untergraben. — Kameraden! Diese

## dunklen Pläne des Großkapitals

müssen zerschellen! Sie werden zunichte gemacht, wenn jedes Verbandsmitglied seine Pflicht erfüllt. Durch eine zähe und unermüdete Werbearbeit muß es möglich werden, die gewerkschaftliche Front zu stärken, daß auch die dunkelsten Machenschaften des Kapitals erfolglos bleiben. Der Monat April muß deshalb für den Verband ein besonderer Werbemonat werden. Datum gibt es nur eins:

## Stärkt den Verband! — Auf zur Tat!

# Die Nazis unterm Brennglas.

## Gewerkschaftsfreundlich oder gewerkschaftsfeindlich?

Die Nazi-Partei ist zur Zeit bemüht, ihre Betriebszellenorganisationen wieder einmal zu einer „Großoffensive“ gegen die Gewerkschaften anzusetzen. Die Agitatoren der Nazi-Partei bemühen sich deshalb wieder einmal, die Hitlerbewegung als gewerkschaftsfreundlich hinzustellen. So lesen wir in einem Aufsatz von Wilhelm Kasper (Köln) in Nr. 18 des „Westdeutschen Beobachters“ vom 22. Januar 1932, „daß der Nationalsozialismus keinesfalls gewerkschaftsfeindlich ist, noch auf Grund seines weltanschaulichen Aufbaus sein kann.“ Wenige Zeilen später allerdings wirft der gleiche Autor den Gewerkschaften vor, „daß vor Jahren die Arbeitnehmerschaft fortwährend für nutzlose Dinge (Wohnerbauhungen) — Die Red. — in den Streit gekehrt wurde.“

Etwas deutlicher enthüllt schon der „Nationalsozialistische Parlamentsdienst“ vom 4. Februar 1932 die nazistische „Gewerkschaftsfreundlichkeit“. Im Rahmen längerer Darlegungen zur Sozialpolitik heißt es dort:

„Die Hitlerbewegung ist nicht gegen die Gewerkschaften. An sich sieht die Hitlerbewegung den Gewerkschaften bejahend gegenüber. Ihr Kampf richtet sich nur gegen den klassenkämpferischen Geist der Gewerkschaften.“

Welche Arbeitervereine, die von jedem Klassenkampfsgeist gereinigt sind, werden also im „Dritten Reich“ gnädigst geduldet!

Am deutlichsten hat sich aber Hitler selbst auf der Düsseldorf-Industriellentagung gegen die Gewerkschaften gewandt. Das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, leitete darüber in Nr. 32 vom 7. Februar 1932 mit, daß eine reaktionäre Industriellentagungs-Korrespondenz ohne Widerspruch über Hitlers Ausführungen folgendes veröffentlichte Sonntag:

„An den heutigen Zuständen sei das Fehlen des nationalen Gedankens schuld. Dazu habe die Sozialdemokratie seit der Revolution planmäßig beigetragen. Die Sozialdemokratie werde gestiftet durch die Gewerkschaften. Diesen sagt er den schärfsten Kampf an. Sie hätten nicht nur das Nationalbewußtsein durch Friedensgesellschaften u. a. zerstört, sondern auch die Persönlichkeit vollkommen erdrückt. Jeder Mann müsse auf dem richtigen Posten Richtiges leisten. Dabei müsse es starke Unterschiede geben. Manche seien der Auffassung, Eigentum sei Diebstahl, aber der Unterschied in der Persönlichkeit ergebe auch Unterschiede im Besitz und in den sonstigen Verhältnissen. Er plädierte jedwedenfalls für das Recht der Persönlichkeit. Er erklärte schärfsten Kampf gegen die Gewerkschaften.“

Deutlicher, als es hier der oberste Parteiführer ausgesprochen hat, kann man die nazistische Gewerkschaftsfeindlichkeit wohl kaum zum Ausdruck bringen!

## National„sozialistischer“ gegen Verstaatlichung des Bergbaues.

Zus nazistische Organ des Ruhrgebiets, die durch ihre sozialreaktionäre Haltung selbst innerhalb der Nazi-Partei auffallende Essener „National-Zeitung“ polemisiert in Nr. 32 vom 9. Februar 1932 heftig gegen den christlichen Gewerkschaftsführer Imbusch, weil dieser in einer Versammlung eine Verstaatlichung der Bergwerke gefordert hat. Das Blatt schreibt:

„Der größte Feind des Gewerkschaftsführers Imbusch ist aber, daß er übersehen hat, daß die Verstaatlichung des Bergbaues die größte Konzentrierung und die weitestgehende Entpersonalisierung ist, die man sich vorstellen kann. In einem solchen Rahmen wäre der Gedanke des werteschaffenden Menschen eine Farce geworden.“

Man sieht, das Geld der Bergherren ist in der Nazi-Pressen nicht schlecht angelegt!

## Nazi-Partei gegen Arbeitszeitverkürzung und Lohnerböschung.

Die „feriöse“ Nazi-Literatur bemüht sich in der letzten Zeit um das Problem der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. So hat in einem Wirtschaftspolitischen Verlag GmbH, Berlin W. 35, am Karlsruh 19, ein Herr Oskar Lorenz, der sich als Referent für Sozialpolitik in der Reichsleitung der Nazi-Partei bezeichnet, eine Broschüre herausgegeben, die unter dem Titel: „Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ die nazistischen Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthält. Lorenz bringt nichts Neues, empfiehlt Siedlung, Arbeitsdienstpflicht und inflationistische Maßnahmen. Heftig nimmt er gegen die Forderungen der Gewerkschaften zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit Stellung:

„Die erste Forderung der Gewerkschaften ist Verkürzung der Arbeitszeit. Vierzigstundenswoche! Als ob das deutsche Volk an einem Uebermaß von Arbeit zugrunde ginge und nicht an der Arbeitslosigkeit! Wenn die Gewerkschaften den Arbeitslosen durch Einführung der Vierzigstundenswoche Arbeit verschaffen wollen, so machen sie alle deutschen Arbeiter zu Hungerleiden. Im nächsten Jahr können wir dann bei der Zwanzigstundenswoche angelangt sein, im übernächsten bei der Zehnstundenswoche. Das ist nicht nur volkswirtschaftlicher Wahnsinn, das ist Verrat an der deutschen Arbeiterschaft... Eine Erhöhung der Geldlöhne würde heute lediglich inflationistische Wirkungen hervorrufen und die Reallohn des Arbeiters nicht erhöhen, sondern viel eher gefährden... Durch den Abbau der Agrarzölle, den die Gewerkschaften fordern, würde die letzte sichere Arbeitsgelegenheit, die das deutsche Volk hat, zerstört werden.“

Der Herr Referent für Sozialpolitik von der Reichsleitung der Nazi-Partei würde gut tun, bei irgendeiner Universität volkswirtschaftliche Anfängerübungen zu belegen!

Auch die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ widmen ihr Februarheft der Frage der Arbeitsbeschaffung. In einem grundsätzlichen Aufsatz wird mit vielen rechnerischen Taschenrechnerrechnungen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm empfohlen, dessen Finanzierung unmöglich ist. Die ganze Stellungnahme zur Finanzierungsfrage gipfelt in dem Satz:

„Notstandsarbeiten sind Kapitalanlagen der Volkswirtschaft und müssen aus grundsätzlicher und praktischer Notwendigkeit ohne Zulassung des Reichskapitals finanziert werden.“

Ueber das „Wie“ gleitet der Autor (Bernhard Köhler) immer wieder hinweg.

## Siedlung — national„sozialistischer“ Monopol?

Im Februarheft der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ schreibt der Architekt Karl Fischer über die Reichserwerbslosen-Siedlung. Er setzt sich für die vorgesehenen Gruppen-Siedlungen ein und führt dazu aus:

„Hier hat die nationalsozialistische Tätigkeit einzusetzen, die Vertreter der Länder und Gemeinden haben mit allen Kräften, die ihnen zur Verfügung stehen (und hier in erster Linie wieder gemeinsam mit Fachleuten, anerkannten Siedlungspraktikern

und Architekten, mit ehemaligen Freikorpsführern und Männern, die bereits gearbeitet haben, mit Gruppen-, Standarten- und Sturmführern) zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß rein nationalsozialistische Trupps zusammengefaßt werden und gemeinsam mit ihren Familienmitgliedern Gruppen-Siedlungen bebauen. Diese Arbeitsgelegenheit darf unter keinen Umständen den Marxisten und Kommunisten überlassen werden. Alle Mitarbeitenden müssen ohne Ausnahme Nationalsozialisten sein. Denn nur so ist eine straffe, scharf disziplinierte Zusammenarbeit, die von Erfolg gekrönt ist, möglich.“

Unerschämter hat sich noch keine Schicht des deutschen Volkes an die Futtermühle gedrängt als hier die Nazis an die Siedlungsarbeit!

## Naziistische Dienstpflichtpläne.

Die „Münchener Post“ teilt in Nr. 25 vom 1. Februar 1932 mit, daß der nazistische Reichstagsabgeordnete Oberst a. D. Hierl kürzlich ein Programm für die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht im „Dritten Reich“ ausgearbeitet hat.

Danach soll die Dauer des Arbeitsdienstes im allgemeinen zwei Jahre betragen, nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht für die zum Heeresdienst Einberufenen nur ein Jahr. Die für den Arbeitsdienst als untauglich Ausgemusterten sollen eine Sondersteuer zahlen. Die für den Arbeitsdienst un-

würdig Erklärten — in erster Linie die Juden — müssen eine lebenslängliche Sondersteuer von 10 Prozent ihres Gesamtvermögens entrichten. Die Zulassung von Vorbestraften zum Arbeitsdienst soll unter gewissen Voraussetzungen möglich sein, und zwar mit Rücksicht auf die zahlreichen vorbestraften Nazis. Die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst erfolgt im November des Jahres, in dem der „Musterungspflichtige“ das 19. Lebensjahr vollendet. Die Zulassung zu einer Hochschule erfolgt erst nach Ableistung der Arbeitsdienstpflicht. Im ersten Vierteljahr, also während der Wintermonate, soll der neu eingezogene Arbeitsdienstler in einem „Vorbereitungskurs“ erst einmal „gehörig geschult“ werden. Während der Erntezeit können Arbeitsdienstleute auch an Gutsbesitzer verliehen werden gegen eine Entschädigung, die der Staat dem Gutsbesitzer bis nach Verkauf der Ernte kreditiert. Oberst Hierl empfiehlt ferner die Schaffung einer strengen Strafordnung. Begründet wird das damit, daß besonders anfänglich mit Widerlichkeiten der „durch den Marxismus verdorbenen jungen Arbeiter“ gerechnet werden müsse. Das ganze Heer der Arbeitsdienstleute soll im „Dritten Reich“ einem neuen Ministerium unterstellt werden, für dessen Leitung sich Oberst Hierl selbst angelegentlich empfiehlt. Die Zahl der Arbeitsdienstleute soll 800 000 betragen, eingeteilt in vier Generalinspektionen, die sich wieder in Gruppen gliedern. Die Gruppenführer nennen sich „Kommandanten“, die Abteilungsleiter „Hauptleute“.

Also eine straffe militärische Organisation!

# Jahrestreffen unseres Verbandes.

## Bezirk Saarbrücken.

Der Verbandsbezirk Saarbrücken hielt am Ostermontag seine Jahresrevierkonferenz im Arbeiterwohlfahrtsheim in Saarbrücken ab. Den Geschäftsbericht erstattete Kamerad Schwarz, welcher in längeren Ausführungen die gegenwärtige Weltwirtschaftslage und die Tätigkeit der Gewerkschaften beleuchtete. Im zweiten Teile seines Vortrages behandelte er die Lage im Saarbergbau und die Saarwirtschaft unter Beachtung der sozialpolitischen Zustände.

Bezirkskassierer Klein erläuterte den Geschäftsbericht, in welchem er besonders die finanzielle Aufgabe des Verbandes hervorhob. Für die Revisionskommission erstattete Kamerad Schwenz Bericht, in dem er versicherte, daß bei den monatlich stattgefundenen Revisionen Kasse und Bücher in Ordnung befunden wurden. Bei der hierauf stattgefundenen Wahl wurden die Revisionskommissionsmitglieder Schwenz (Merchweiler), Werle (Schiffweiler) und Schwindlina (Fischbach) wiedergewählt. Für die Inanspruchnahme auscheidenden Mitglieder der Bezirkskommission wurden als Mitglieder der Geschäftsstelle wieder bzw. neu gewählt: Ludwig (Ludweiler), Wagner (Lothweiler) und Rehl (Eckersweiler); als Mitglieder der Arbeiterausschüsse: Weisch (Zusp. 8), Fester (Zusp. 12), Brück (Zusp. 11).

Die nachstehenden Entschlüsse fanden einstimmige Annahme der gesamten Konferenz, welche vom Konferenzleiter Ammann nach siebenstündiger Tagung geschlossen wurde:

„Die am 28. März im Arbeiterwohlfahrtsheim in Saarbrücken tagende Jahresrevierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saarbrücken) protestiert gegen die hohe Zahl der Feierschichten, gegen die Entlassungen und Grubenstilllegungen. Der französische Staat als Besitzer der Saargruben hat die ihm durch das Verfallene Dittat zugesprochenen Saarkohlen in der kohlenarmen französischen Wirtschaft nicht untergebracht und bei mehr als 35 Mill. T. Kohleneinfuhr im Jahre 1931 nur 3,7 Mill. T. der eigenen Saarkohle verwendet. Die Folgen dieser Behandlung des Saarbergbaues waren 60 Tage Lohnausfall infolge Feierschichten. Die Belegschaftsziffer ist um 7000 Bergarbeiter geringer als 1913. Die Kohlenproduktion und Belegschaftsstärke sind auf die Zahlen des Jahres 1908 gesunken.“

Die Konferenz wendet sich ganz entschieden gegen die beabsichtigte Stilllegung von Gruben und der damit verbundenen Verschleuderung der Kohlenschätze. Die Auswirkungen der Grubenstilllegungen auf die Familien der Bergarbeiter, Kommunen sowie auf die gesamte Saarmirtschaft bedeuten eine Katastrophe. Für diese von dem französischen Staat betriebene Katastrophenspolitik können die im Verband der Bergbauindustriearbeiter organisierten Saarbergarbeiter kein Verständnis aufbringen, da in der französischen Wirtschaft die Wiederaufnahme der Saarkohle möglich ist und der französische Staat in den Jahren 1920 bis 1928 einen Gewinn von mehreren hundert Millionen Frank erwirtschaftet hat. Die Konferenz fordert vom Generaldirektor der Saargruben, anstatt Gruben stillzulegen, die Stilllegung der jährlich zehn Millionen Frank verschlingenden Nebenanlagen, der französischen Schulen. Diese unproduktiven, durch nichts begründeten Nebenanlagen der Gruben werden jährlich erweitert, dagegen aber Gruben stillgelegt.

Die Konferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter, eine Berufsorganisation des Millionenheeres der deutschen freien Gewerkschaften, die für Völkerverständigung und Völkerverständigung, die hohen Ideale der internationalen Arbeiterklasse, kämpfen, protestiert gegen die von der Generaldirektion geduldeten und geförderten Ziele der französischen Nationalisten und Imperialisten. Sie protestiert gegen die geistige und politische Knechtschaft und materiellen Schädigungen der deutschen Saarbergarbeiter.

Die Konferenz richtet an die Saarbergarbeiter den Ruf: Erkennt die Gefahr der von dem Unternehmertum bezahlten Arbeiterzerstückelung! Die Wirtschaftskrise erfordert eine einige geschlossene Kampfgemeinschaft gegen den schwarzweißen und blauweißen Faschismus. Hinein in die Eisernen Front der Saarbergarbeiter, den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

## II.

„Die Jahresrevierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saarbrücken) protestiert gegen die Maßnahmen der Regierungskommission in bezug des Abbaues der Leistungen in der Sozialversicherung und der Erwerbslosenfürsorge. Während die Regierungskommission an den durch nichts gerechtfertigten Spitzengehältern in Staat, Kommunen und Wirtschaft, ja ihren eigenen auf Kosten der notleidenden Saarbevölkerung festhält, werden die Hungereinkommen der Arbeiter und Sozialleistungsempfänger gekürzt.“

Die Konferenz erinnert die Regierungskommission an ihre Aufgabe, für die Wohlfahrt der Saarbevölkerung zu sorgen. Es ist der freiorganisierten Bergarbeiterchaft nicht bekanntgeworden, daß die neutral sein sollende Regierungskommission gegen die Vernachlässigung des Saarbergbaues durch den derzeitigen Besitzer, den französischen Staat, im Interesse der Notleidenden, den durch Feierschichten, Entlassungen und Stilllegungen von

Gruben heimgesuchten Bergarbeitern und der Gesamtbevölkerung, Einspruch erhoben hat.

Die Konferenz hat keine Kenntnis, daß der Völkerverbund, dem das Schicksal der Saarbevölkerung vorübergehend anvertraut ist, sich einmal mit der wirtschaftlichen und sozialen Not der Saarbergarbeiter sowie der gesamten Wirtschaftslage beschäftigt hat. Deshalb erhebt die Konferenz ihre Stimme gegen die Mandatsträger des Völkerverbundes und denselben selbst, die bisher nichts zur Abwendung und Milderung der Wirtschaftskatastrophe bei 50 000 Erwerbslosen und 100 000 Kurzarbeitern getan haben.

Die Konferenz protestiert des weiteren gegen die Regierungskommission, die der geistigen und politischen Unterdrückung der Saarbergarbeiter trotz Beschwerde tatenlos zusieht. Ja, selbst dem Veranstalter der Beschwerde, der Grubenverwaltung, die Entscheidung überläßt, anstatt neutral die Fälle zu untersuchen. Die Bergarbeiter, die bisher die Pflichten, die ihnen der Verfallene Vertrag auferlegte, trotz Not und Entbehrungen erfüllten, haben ein Recht, auch von den Beauftragten des Völkerverbundes im Kampfe um ihre Existenz, um ihre Arbeitsstelle, gegen die geistige und politische Agitation der Nationalisten geschützt zu werden.“

## III.

## Betrifft die Bergarbeiterjugend.

„Mit Bedauern stellt die Jahreskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter fest, daß sowohl die Bergverwaltung wie auch die Regierungskommission die Forderungen der jungen Saarbergarbeiter auf Herabsetzung der Lehrzeit, Erweiterung des Erholungsurlaubs und Erhöhung der Löhne in keiner Weise beachtet haben. Diese berechtigten Forderungen der Jugend bestehen unvermindert fort. Die Organisation wird beauftragt, auch weiterhin keinen Weg unversucht zu lassen, um ihnen Geltung zu verschaffen.“

Es wäre vornehmste Pflicht der Bergverwaltung, die Söhne der Bergarbeiter zu beschäftigen. Nicht nur, daß damit die Bergarbeiterfamilien eine ihrer schwersten Sorgen los würden, sondern auch dem Leben junger Menschen würde Sinn und Zweck gegeben. Es geht nicht an, daß die Bergverwaltung jahrelang fast keine Neuanlegung junger Arbeitskräfte vornimmt. Es geht aber auch weiter nicht an, daß die Regierungskommission die erwerbslose Jugend bis zu 16 Jahren und große Teile älterer Jugendlichen überhaupt von dem Bezug der Erwerbslosenunterstützung ausschließt.

Die Konferenz protestiert aufs schärfste gegen die unverantwortlichen Maßnahmen, die sich als Verbrechen an der jungen Generation auswirken und verlangt beschleunigte Abhilfe. Den jungen Bergarbeitern aber rufen wir zu: Hinein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands! Nur seine Macht bedeutet Erfolge für die Bergarbeiterchaft!“

## Geschäftsstelle Helbra.

Am 20. März fand in Eisleben unsere Jahreskonferenz statt. Der vorgelegte schriftlich abgefaßte Geschäftsbericht wurde durch den Geschäftsstellenleiter Kameraden Böttger eingehend erläutert. Auf allen Gebieten wurde rege Verbandsarbeit geleistet. Im verflochtenen Jahre fanden statt: 40 öffentliche Versammlungen, 98 Mitgliederversammlungen und 14 Funktionärskonferenzen. Auch bei Betriebsrats- und Arbeiterausschüssen hat die Geschäftsstellenleitung den Funktionen mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Vor dem Knappschaftsversicherungsamt wurden 298 Klagen durchgeführt. Davon waren 143 Unfallsachen, 87 mit Erfolg, 56 ohne Erfolg, 102 Rechtsmittelverfahren, 36 mit Erfolg, 66 ohne Erfolg, 53 Knappschaftspensionssachen, 28 mit Erfolg, 25 ohne Erfolg. Weiter wurden noch 997 Schriftstücke und andere Rechtsschutzsachen ausgefertigt. Die Unterstützungszahlen betragen für Kranke 17 110,75 M., für Arbeitslose 7314,18 M. und für Kurzarbeiter 14 127,21 M. Mit dem Hinweis, auch im kommenden Jahre gute Aufklärungsarbeit zu leisten, wurde der erste Punkt der Tagesordnung geschlossen.

Der Prüfungsbericht der Sozialkommission wurde durch den Kameraden Lange erstattet. Der Geschäftsstellenleitung wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Der Jugendobmann, Kamerad Wieprich, gab den Bericht über die Jugendbewegung. Es wurde von ihm hervorgehoben, daß in Zukunft auch die älteren Kameraden die Jugendfunktionäre in ihrer Aufklärungsarbeit mehr unterstützen müßten. Die Jugend für unsere Idee zu erziehen, muß also Aufgabe aller Kameraden sein.

Kamerad August Schmidt (Bochum) sprach dann über: „Die wirtschaftliche Lage im Bergbau.“

Unter Punkt „Organisation und Agitation“ wurden von dem Kameraden Böttger noch anregende Fragen erörtert. Er gab den Funktionären ferner noch Kenntnis von der erfolgten Kündigung des Mantelstarbes durch die Mansfeld-W. Abänderungsanträge der Gegenseite liegen schriftlich noch nicht vor. Die am Tarif beteiligten Verbände haben ihre Wünsche wegen Währungsreform fertiggestellt. Mit einem anfechtbaren Schlusswort und mit dem Appell des resillosen Zusammenenschlusses der Mitglieder in der „Eisernen Front“ wurde nach dreimaligem Hoch auf den Verband die Konferenz geschlossen.

### Aus Süddeutschland.

#### „Praktische“ Tätigkeit der RGD. im Betriebsrat.

Wer nur die kommunistische Presse liest, muß glauben, daß die RGD. unter Führung der KPD. die alleinige Hüterin und Vertreterin der Arbeiterinteressen auf allen Gebieten des täglichen Lebens ist. Nach dieser Presse sind die Vertreter der RGD. im Betriebsrat die alleinigen Wahrer und Mehrer der Arbeiterrechte, die entschlossen den Kampf aufnehmen, um Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen für die Arbeiter herbeizuführen. Daß diese Vorstellungen weiter nichts sind als Klatsch, daß man Phrasen für „Kampf“ ansieht, ist wiederholt in den verschiedenen Organen der Gewerkschaftspresse nachgewiesen worden. Wir wollen diese Bemeide um einen weiteren Fall vermehren:

Vor der Betriebsratswahl im Jahre 1931 wurde von den Vertretern der RGD. und der kommunistischen Presse, der auf der

#### Grube in Penzberg in Oberbayern

aus Vertretern der Gewerkschaften bestehende Betriebsrat, ganz besonders der Vorsitzende Schöttl, als „Verräter der Arbeiterinteressen“ hingestellt, den „der Jörn der Bergarbeiter bei der Wahl hinweggefegt werde“. Der Spitzenkandidat der RGD., Schnitzler, rief in einer Versammlung seine ganz besondere Tüchtigkeit dadurch an, daß er erklärte: „Schöttl, wenn ich im Betriebsrat bin, dann bist du erledigt! Wir werden die Forderungen der Arbeiter vertreten und durchsetzen.“ Bei der Wahl erhielt die RGD. von elf Betriebsratsmitgliedern drei. Die erste „revolutionäre“ Tat dieser drei RGD.-Vertreter war, daß sie bei der Wahl zum Betriebsausschuß „vergingen“, einen Vorschlag zu machen und infolgedessen leer ausgingen, obwohl sie auf Grund ihrer Mandate einen Sitz bekommen hätten. Man überließ also die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen ohne Grund den „Reformisten“!

Im sogenannten „Roten Kumpel“ wird von der RGD. die Grube in Penzberg als „Schinder- und Mördergrube“ hingestellt, die in bezug auf Schinderei, Ausbeutung, Maßregelung und Terrorisierung in Deutschland an erster Stelle steht. Es bestehen tatsächlich auf der Penzberger Grube in bezug auf Behandlung der Arbeiter, Gedingfestlegung, Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften erhebliche Mißstände, die von den Vertretern der Gewerkschaften in den Betriebsratsitzungen immer wieder zur Sprache gebracht werden und von der Direktion Abhilfe verlangt wurde. Doch die drei Vertreter der RGD. haben in den neun Monaten des Jahres 1931 in den fünfzigmaligen Betriebsratsitzungen nicht eine einzige Beschwerde der Kameraden aus dem Betrieb vorgebracht! Es ist zwar nicht bekannt geworden, ob in dieser Zeit die RGD. in Penzberg den „revolutionären“ Kampf aufgegeben hat und aus diesem Grunde die drei Vertreter in den Betriebsratsitzungen stumm wie die Fische waren. Die Anhänger waren jedenfalls mit dieser stummen Rolle ihrer Vertreter nicht zufrieden. Ihre Unzufriedenheit ging sogar so weit, daß einer ihrer führenden Köpfe (Reitel) im Betriebsratszimmer erklärte, „die drei von der RGD. sind keinen Schuß Pulver wert“. Um die Unzufriedenheit bei den eigenen Anhängern zu beschwichtigen, berief man

#### eine Schlepperversammlung

ein und stellte für die Schlepper folgende Forderungen auf: 1. Abschaffung des Prämienystems. 2. Bei nasser Arbeit eine Wasserzulage von 10 Prozent sowie freie Lieferung von Schutzkleidern. 3. Bezahlung jeder Lampenreparatur durch die Verwaltung. 4. Jeder Schlepper erhält 90 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes.

Diese Forderungen sollten von den Vertretern der RGD. im Betriebsrat der Direktion eingereicht und in der nächsten Betriebsratsitzung vertreten werden. In der am 29. Febr. 1932 stattgefundenen Betriebsratsitzung, an der der Direktor der Grube selbst teilnahm, standen auch die aufgestellten Forderungen der Schlepper auf der Tagesordnung. Das Betriebsratsmitglied Schnitzler von der RGD. sollte die Forderungen der Schlepper begründen. Seine Ausführungen beschränkten sich aber darauf, daß das Prämienystem (Prämierung der geförderten Hunde) für die Schlepper zuviel Zeit in Anspruch nehme, die über den Rand der Hunde hinaus gehäuften Kohlen in den niedrigen Streden doch abgestreift würden und dadurch verloren gingen. Die Schlepper könnten dadurch auch ihre Lampen nicht vorschriftsmäßig anbringen. Die Schlepper würden auch zu spät zu Lehrbauern befördert. Als der Direktor erklärte, daß sich das eingeführte Prämienystem bewährt habe, entgegnete RGD.-Schnitzler: „Wenn sich das Prämienystem für den Betrieb günstig auswirkt, dann soll es bleiben!“ Da die beiden „Revolutionäre“, Steinhauer und Schnappauf sich wieder in der Rolle eines Fisches gefielen und kein Wort für die Forderungen der Schlepper über ihre Lippen brachten, wäre der „Kampf“ um die Forderungen der Schlepper eigentlich beendet gewesen, wenn nicht der „reformistische“ Betriebsratsvorsitzende Schöttl sich der Schlepper angenommen und die Forderungen unter besonderem Hinweis auf die Unfallgefahr und die Steigerung der Unfälle, die durch die Ueberladung der Hunde entsteht, hingewiesen hätte.

Schöttl wies auch nach, daß durch das Prämienystem die Schlepper geradezu zur Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften verleitet würden und verlangte die Abschaffung dieses Systems. Von einer zehnpromzentigen Wasserzulage und freier Lieferung von Schutzkleidern oder 90 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes als Schlepperlohn hörte man in dieser Sitzung von seiten der „unentwegten Kämpfer“ nicht ein einziges Wort! Wir wissen nicht, ob den „Helden“ angesichts der Direktion der Mut vergangen war oder ob sie der Auffassung waren, die Ausführungen der „Reformisten“ seien eine so gute Begründung, daß die „Revolutionäre“ nichts mehr zu sagen wußten. Das eine aber wissen wir, daß der Spitzenkandidat der RGD., Schnitzler, dem „Reformisten“ Schöttl gegenüber erklärte: „Wenn ich das gewußt hätte, daß du die Interessen der Arbeiter so rücksichtslos vertrittst, dann hätte ich nie gegen dich etwas unternommen. Ich werde mich bei einer Neuwahl nie mehr aufstellen lassen, weil es unmöglich ist, die Forderungen meiner Kollegen zu erfüllen. Auch die nach mir kommen, werden dies nicht fertigbringen. In der Sitzung hast du mich auch allein unterstützt.“ Vor einem Jahre hieß es: „Wenn ich im Betriebsrat bin, Schöttl, dann bist du erledigt! Wir werden den Kampf um die Forderungen der Arbeiter vertreten und durchsetzen.“ Heute: „Schöttl, du vertrittst die Forderungen der Arbeiter rücksichtslos, während ich meine Kameraden im Stich lassen.“

Daß bei einem so gefährlichen Kampf von seiten der RGD. für die Arbeiter nichts herauskommt, werden mit der Zeit auch die Dummsten einsehen, auch wenn die kommunistische Presse mit großen Phrasen täglich schreibt: „Unter Führung der KPD. und der RGD. werden die Bergarbeiter den Kampf entschlossen aufnehmen und weiterführen und die sozialfaschistische und verräterische Gewerkschaftsbürokratie entlarven.“ Gegen einen derartigen Kampf ist von seiten der Unternehmer bestimmt nichts einzusetzen. Forderungen aufstellen, sie nicht einmal vertreten und dann den Arbeitern mit großen Worten erklären: „der Kampf geht weiter!“ — ist, ganz gelinde ausgedrückt, eine elende Scheuerei!

### So wie in Auerbach wählt am 10. April überall!

Aus Auerbach, einem Ort in der Oberpfalz, wo unser Vorsitzender Hufemann vor der letzten Reichspräsidentenwahl eine große öffentliche Kundgebung hielt, wird uns nachfolgendes Wahlergebnis gemeldet:

Einwohner in Auerbach . . . . .	3000
Stimmfähige . . . . .	1879
Abgegebene Stimmen . . . . .	1799
Gültige Stimmen . . . . .	1787
Ungültige Stimmen . . . . .	12
Düsterberg . . . . .	56
von Hindenburg . . . . .	1524
Hitler . . . . .	197
Thälmann . . . . .	9
Winter . . . . .	1

Da in Auerbach, ein fast reines Bergarbeiterdorf, die Mehrzahl der Bewohner zur Zeit arbeitslos ist, spricht das Resultat doppelt vorteilhaft für die politische Einsicht seiner Bewohner. Wäre es so überall, dann hätte das ganze politische und wirtschaftliche Dehnel von heute sehr schnell ein Ende, um besseren Zuständen Platz zu machen. Hoffen wir, daß dieses Beispiel am 10. April Nachahmung findet!

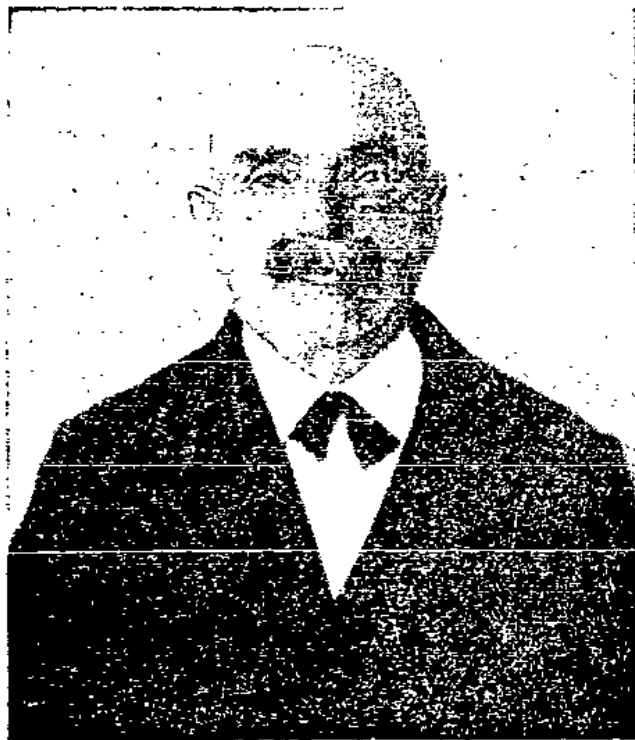
### Aus dem Ruhrrevier.

#### Die Urlaubsregelung im Ruhrbergbau.

Wie bekannt, erhielt § 4 Ziffer 3 des Manteltarifvertrages durch Schiedspruch vom 6. Mai 1931 u. a. folgenden Zusatz: „Jedoch vermindert sich dieser Urlaub bei einer Tätigkeit von mehr als zwei Jahren für das Urlaubsjahr 1931 um einen Urlaubstag. Ueber den Urlaub im nächsten Urlaubsjahre 1932 darf auch vor Ablauf dieses Manteltarifs im März 1932 verhandelt werden.“ Somit hatte die Verminderung des Urlaubs nur Geltung für das Urlaubsjahr 1931. Eine Neuregelung des Urlaubs für 1932 wurde ebenfalls den Tarifparteien nicht zwingend vorgeschrieben. Die Bergarbeiter hatten auch kein Interesse, von sich aus eine Neuregelung des Urlaubs für das kommende Urlaubsjahr zu verlangen. Den Unternehmern ging jedoch die Kürzung des Urlaubs um einen Tag im Vorjahre nicht weit genug und sie forderten daher eine weitere Reduzierung des Urlaubs auf die Hälfte des bisherigen. Zur Begründung ihrer Forderung führten sie an, daß durch die zahlreichen Festschichten der Zweck des Urlaubs hinfällig geworden sei, da die Bergarbeiter genügend Freizeit und damit Gelegenheit zur Erholung hätten.

Diese „Begründung“ ist geradezu eine Verhöhnung der Bergarbeiter; sie wurde von den Gewerkschaftsvertretern aufs schärfste zurückgewiesen. Die Gewerkschaftsvertreter betonten, daß der Sinn der im Schiedspruch vorgesehene Neuregelung nach ihrer Meinung darin bestehe, den Urlaubstag, den man den Bergarbeitern im vergangenen Jahre entzogen hätte, wiederzugeben. Da die Unternehmer auf ihrem Standpunkt verharrten, führten die Parteiverhandlungen am 9. März sowie auch die am 21. März d. J. stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen zu keinem Ergebnis. Die daraufhin gebildete Schlichter-

### Die Brüder Florenz und August Siebrassa



sind Mitbegründer unseres Verbandes und gehören der Zahlstelle Hevea (bei Witten) als Mitglieder an. Sie wirken immer noch aktiv mit und lassen sich durch ihr Alter (Florenz ist jetzt 71 und August 73 Jahre alt) nicht abhalten, an allen Veranstaltungen der Zahlstelle teilzunehmen. Die Ortsverwaltung wünscht, daß die beiden Kameraden noch lange mit den jüngeren Kameraden zusammenwirken können und auch diese zu gleich langem Aushalten in unserer Kampffront anregen.

ammer fällt mit den Stimmen der Arbeitnehmer gegen die Stimmen der Arbeitgeber nachstehenden Schiedspruch:

§ 4 Ziffer 3 des Manteltarifvertrages bekommt unter dem Fall von Ziffer 1 des Schiedspruchs vom 6. Mai 1931 folgenden Zusatz: „Jedoch vermindert sich dieser Urlaub bei einer Tätigkeit von mehr als zwei Jahren für das Urlaubsjahr 1932 um einen Urlaubstag. Ueber den Urlaub im Urlaubsjahr 1933 darf im März 1933 verhandelt werden, auch wenn um diese Zeit ein Übereinstimmendes Tarifvertragsbesteht. Dieser Zusatz gilt bis zum 31. März 1933.“

Die Gewerkschaften haben den Schiedspruch angenommen und die Verbindlichkeitsklärung beantragt.

### Die RGD. verliert bei der Betriebsratswahl an Rabbod 46 Prozent ihrer Stimmen.

Auf der Schachtanlage Rabbod fand am 30. März d. J. die Neuwahl des Betriebsrats statt. Genau wie auf der Wende wo vor einigen Monaten die Betriebsratswahl stattfand, hat auch hier auf Rabbod die RGD. die Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt. Es ist das ein Zeichen, daß diese Leute von den Belegschaftsmitgliedern erkannt sind und diese für die Fähigkeit der revolutionären Betriebsräte die Quittung ausgestellt haben. Es erhielten an Stimmen die

	1932	1931
Freien Gewerkschaften . . . . .	454	513
Christlichen Gewerkschaften . . . . .	452	524
RGD. . . . .	460	853
Gelben . . . . .	95	55
Nazis . . . . .	15	—

Die Belegschaft ist gegenüber der letzten Betriebsratswahl 1931 um 23,3 vermindert worden. Der Stimmenrückgang in Prozenten für die einzelnen Gewerkschaften beträgt für die

Freien Gewerkschaften . . . . .	11,5 Prozent
Christlichen Gewerkschaften . . . . .	13,7
RGD. . . . .	46,0

Die Nazis erhielten bei der diesjährigen Wahl 15 Stimmen. Damit hat die Belegschaft von Rabbod den Nazis die falsche Schulter gezeigt und die Nazis mögen sich beruhigen, denn in den Betrieben, vor allem im Bergbau, ist für sie kein Feld vorhanden. Wenn es ihnen auch gelingt, einen Teil der Beamten zu erfassen, so ist dies darauf zurückzuführen, daß sie Angst vor den Generalsekretären haben, die ja bekanntlich die Nazipartei unterstützen.

### Aus dem Bezirk Köln.

#### Zur Berichtigung der Hubertus-AG.

Hierzu schreibt uns unsere zuständige Geschäftsstelle: Die Berichtigung der Hubertus-AG. stellt die Tatsachen auf den Kopf. Unsere in dem Artikel: „Ganz wie im Dritten Reich“ aufgestellten Behauptungen halten wir aufrecht. Wenn die Verwaltung behauptet, daß die gelben Grüppchen des „Deutschen Arbeiters“ und der Stahlhelm im Betriebe keine besondere Rolle spielen, warum bestreitet sie denn unsere Behauptung nicht, daß sich der Stahlhelm auf einem Grundstück der Gesellschaft aus einem Gebäude derselben ein Stahlhelmheim errichten konnte? Ueber die Tatsache, daß diese Kreise noch andere Vorzüge bei der Gesellschaft haben, können wir noch mit anderen Sachen dienen, die jedem bei der Gesellschaft beschäftigten Arbeiter bekannt sind.

Noch frecher ist die Behauptung, daß den bei der Explosion verletzten Arbeitern der Lohn nicht gekürzt worden sei. Wir haben nun zwar nicht behauptet, daß allen diesen Arbeitern der Lohn gekürzt worden sei, sondern nur denen, die für ihre Verletzungen eine Rente beziehen. Ausnahmen wurden hier nur dann gemacht, wenn diese Rente ganz gering war. Wenn wir nicht irren, wurden 10 oder 20 Prozent nicht in Abzug gebracht. Wie man sagt, soll darüber eine „Betriebsvereinbarung“ getroffen worden sein. (Um uns auch hierüber ein genaues Bild machen zu können, haben wir uns beim Arbeiterratsvorsitzenden der Grube Hubertus, unserem Kameraden Wallraff, erkundigt, der uns die weiter unten abgedruckte Antwort erteilt. — Die Red.)

Die dritte Behauptung der Verwaltung, daß sie den Unfallverletzten die Rente nicht vollständig am Lohn in Abzug bringe, ist auf dieselbe Stufe zu stellen. Wahr ist, daß nach Erscheinen der Notverordnung allen Rentenbeziehern diese Rente vollständig vom Lohn in Abzug gebracht wurde. Erst als darüber der Entrüstungsturm zu groß wurde, machte man eine Einschränkung und hielt nunmehr nur noch 20 Prozent der Renten vom Lohn ab. Wenn das nicht den Tatsachen entsprechen würde, dann könnte ja auch keine Klage auf Rückzahlung dieses zu Unrecht abgezogenen Lohnes beim Kölner Arbeitsgericht anhängig gemacht worden sein. (Zur Zeit, wenn diese Zeilen erscheinen, wird sie vielleicht schon entschieden sein.) Daraus erhellt man, was von dieser Berichtigung zu halten ist.

Die Antwort des Arbeiterratsvorsitzenden lautet: „Auf Eure Anfrage, ob es wahr sei, daß den bei der Explosion im Jahre 1928 verletzten Arbeitern der Lohn gekürzt worden sei und ob dieses auf Grund einer Betriebsvereinbarung geschieht, teile ich Euch folgendes mit:

Es trifft zu, daß den Arbeitern, die eine Unfallrente beziehen, und nicht nur denjenigen, die bei der Explosion verunglückten, sondern auch den anderen Arbeitern, die einen Betriebsunfall erlitten, der Stundenlohn um einige Pfennige gekürzt wird. Ausnahmen werden nur dann gemacht, wenn die Rente nur einige Mark ausmacht. Ob das auf Grund einer Betriebsvereinbarung geschieht, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen. In meiner Amtszeit, seit dem Jahre 1929, ist eine solche Vereinbarung nicht abgeschlossen worden. Da aber diese Streitfrage bei uns verschiedentlich zur Debatte stand, habe ich sämtliche Akten des Betriebs- und Arbeiterrats der vergangenen Jahre gründlich durchsucht, konnte aber eine solche Vereinbarung nicht finden. Wir haben schon verschiedentlich versucht, über diese Streitfrage mit der Direktion eine Einigung zu erzielen, was aber nicht gelang. In dieser Sache braucht Ihr aber vollständig nichts zu unternehmen, weil eine Klage auf Rückzahlung des Lohnes beim Arbeitsgericht angeht.“

Mit Glück auf!

H. Wallraff, Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzender.

Aus dem letzten Satz zu schließen, nahm unser Kamerad Wallraff an, daß wir eine Klage gegen Hubertus führen wollten. Wenn man sich aber die hier festgestellten Tatsachen vor Augen führt, muß man über die Frechheit staunen, mit der die Verwaltung uns die Berichtigung zuschickt. Sie scheint wohl der Auffassung zu sein, daß eine Berichtigung nicht im Interesse richtig zu sein braucht. Die Berichtigung aber, die genau das Gegenteil dessen bringt, was wirklich ist, richtet die Verwaltung der Hubertus-AG. selbst. Das Urteil darüber überlassen wir unseren Lesern und besonders den auf Hubertus beschäftigten Arbeitern, die genau wissen, woher hier der Wind weht.

# HAUS UND LEBEN

## Deutsch sein!

Nach so mancher Enttäuschung hatten wir alle am 13. März das stolze Freudengefühl: hinter dem Faschismus steht das Volk nicht! Das Volk ließ sich nicht verleiten von Redensarten und leeren Versprechungen. Der Kern unseres Volkes ist gesund. Er hat einen innerlichen Abscheu gegen den faschistischen Cäsarenwahn.

Unser Volk fühlt deutsch. Dieses Fremdgebildete der Diktatur, das einst im römischen Kaiserreich herrschend war, wie es auch heute wieder in Rom herrscht, es widerspricht dem alten deutschen Wesen so, daß alle Verlockungen und Drohungen ihren Zweck nicht erreichten.

Gerade beim zweiten Wahlgang gilt es jetzt, alle Kreise des Volkes auf dieses Undeutsche des Faschismus hinzuweisen. Keiner darf mit Hülfe im Bunde sein, wenn er sich deutsch nennt. Schon das germanische Volk kannte als höchstes die politische Gemeinschaft von Freien. Der 10. April soll aller Welt künden, daß diese alte Volksart noch heute in uns lebt!

## Die gebändigte Frühlingskraft.

Der ewige Wechsel der Natur läßt uns wieder in die Zeit des Frühlings eintreten. Zwar vermag die Sonne die Erde erst langsam zu erwärmen, dennoch wird sie Sieger bleiben und uns den langersehnten Frühling bescheren. Auch der Winter hat seine Reize. Aber solange Menschen auf Erden wandeln, haben sie immer den Frühling herbeigesehnt und das menschliche Leben gerade in der jungen Frühlingsstunde lebenswert gefunden. Ob alt, ob jung, jeder empfindet im Frühjahr neues Sehnen; neue Hoffnungen werden lebendig und vieles, was vorher düster und hoffnungslos erschien, erstrahlt jetzt in einem anderen Licht. Viele finden zu sich selbst zurück und gewinnen wieder Glauben an ihre eigene Kraft. Das alles ist ein Merk des Frühlings, den ganze Dichtergenerationen besungen haben und dessen Gewalt Theodor Storm so wunderbar in folgenden Zeilen festgehalten hat:

„Entseßelt ist die urgewalt'ge Kraft,  
die Erde quillt, die jungen Säfte tropfen,  
und alles treibt, und alles webt und schafft,  
des Lebens vollste Rulze hör' ich klopfen.  
Der Blut entsteigt der frische Meeresduft,  
vom Himmel strömt die goldene Sonnenfülle;  
der Frühlingswind geht klingend durch die Luft  
und sprangt im Flug des Schlummers letzte Hülle.“

Leider ist die Zeit abgelaufen nicht dazu angetan, sich diesem Frühlingszauber voll hingeben zu können. Die politischen Kämpfe in Deutschland, die Zerfahrungen in aller Welt, die furchtbare Wirtschaftskrise, die große Arbeitslosigkeit und all das Leid, was der Mensch sich selbst durch die gesellschaftlichen Reibungen zufügt, überschatten das Frühlingsleben teilweise so stark, daß nichts davon zurückbleibt. Mit einer Selbstverständlichkeit hat England eine freiwillige Pause in den politischen Auseinandersetzungen eintreten lassen. Solche freiwilligen Ferien in der Politik zeugen von einem in langer demokratischer Tradition mündig gewordenen Volke. Deutschland hat seit achtzehn Jahren von politischen Ruhepausen fast nichts verspürt. Der amtlich verkündete Burgfrieden während der Osterzeit war nur eine Atempause, um nach derselben mit verstärkter Leidenschaft politische Gegensätzlichkeiten auszutragen. In Deutschland steht in diesem Frühjahr die ganze politische Zukunft auf dem Spiel. Noch niemals sind politische Entscheidungen von so gewaltiger Tragweite ausgetragen gewesen, als in den letzten Monaten. Die heftigen politischen Kämpfe überschatten jenen Frühlingszauber, dem sich die Menschen früher in Ruhe hingeben konnten. Trohdem sind sie notwendig und müssen mit aller Rücksichtlosigkeit ausgefochten werden. Es gilt das letzte bißchen Freiheit vor einer heranrollenden faschistischen Flut zu schützen. Der politische Frühling des Jahres 1932 bringt uns eine der größten Entscheidungen in der neueren Geschichte Deutschlands.

Wie sieht es nun mit dem Frühjahr in der Wirtschaft aus? In ruhigen Zeiten war der Mensch gewohnt, im Frühjahr eines jeden Jahres mit verstärkter Kraft an die Arbeit zu gehen. Neue Hoffnungen wurden lebendig. In diesem Jahre harren Millionen vergebens darauf, Beschäftigung zu bekommen. In der Welt gibt es an die 30 Millionen Arbeitslose. Keiner von diesen ist davon durchdrungen, überflüssig zu sein. Deshalb hofft er, seinen Platz in der menschlichen Gesellschaft wieder einnehmen zu können. Jeder ist gern bereit, auf Almosen zu verzichten. Die Verhältnisse sind leider nicht danach, daß dieser Frühlingssehnen der Millionen in Erfüllung gehen kann. Es steht im Gegenteil zu befürchten, daß nur ein verhältnismäßig geringer Teil der zahlreichen Arbeitswilligen Beschäftigung finden kann. Ein trauriges Los! Was nutzt es jenen Menschen, wenn sie den Fint oder die Drossel schlagen hören oder die siegreichen Kräfte der Natur zu neuem Leben sehen? Was nutzt ihnen das alles, wo es ihnen unmöglich ist, sich fassetzen zu können und es ihnen an dem nötigsten fehlt. Und wenn diese Ausgestoßenen sich heuer in den Gedanken hineinleben müssen, auf Monate, ja Jahre hinaus keine Arbeit zu finden, dann werden sie selbst im Frühling von jenem drückenden Alp des Lebensüberdrußes nicht befreit. Dabei ist die Natur voller Saft und Kraft, es gibt auf der Erde mehr Brot, als die Menschheit verzehren kann. Die verschwenderische Fülle der Natur und die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft ist so groß, wie noch niemals zuvor. Der Mensch gleich arm geboren,

hat es noch nicht gelernt, allen Zeitgenossen von jenen herrlichen Gaben der Natur und von der Fülle des Segens der Arbeit ein gleiches Maß zu sichern.

Währlich zu Ostern entläßt die Schule viele tausende hoffnungsvolle Jungen und Mädchen. Diese haben bisher erfreulicherweise den Ernst des Lebens nur wenig kennengelernt. Aber ihre Brust ist voll von Talendrang, in ihr sprüht die junge zur Entfaltung drängende Kraft. Sie wollen hinaus ins Leben, sich der menschlichen Gesellschaft nützlich machen und ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Die Eltern haben sich alle Mühe gegeben, für ihre Kinder irgendein Unterkommen in der Wirtschaft zu finden. Von allen Seiten scholl es ihnen entgegen: „Unser Beruf ist überfüllt!“ Eine jede Berufsgruppe hat durch ihre Vertreter in der Tageszeitung oder sonstwo erklären lassen, daß ihr Beruf kein wirtschaftliches Fortkommen mehr bietet. Man hatte geglaubt, daß die Kriegsjugend, weil sie nicht sehr zahlreich ist, ein gutes Fortkommen finden werde. Die große Wirtschaftskrise hat diese Hoffnungen gründlich zerstört. Viele junge Menschen sind bereits arbeitslos, noch mehr können es werden. Erich Kästner, einer der besten Vertreter der neuen Dichtergeneration, hat der Lage der heutigen Jugend in folgenden Zeilen Ausdruck verliehen:

„Schon sind wir eine Million!  
Wir waren fleißig und gelehrt,  
und ihr? Ihr schickt uns, minderjährig,  
fürs ganze Leben in Pension.  
Sind wir denn da, um nichts zu tun?  
Wir, die gebornen Arbeitslosen,  
verlangen Arbeit, statt Almosen,  
und fragen euch: Und was wird nun?“

„Was wird nun?“, so fragen uns die jungen Arbeitslosen. Diese Frage richten auch Millionen Erwachsene an die Regierung und an all die Leute, die heute etwas zu sagen haben. Die Hoffnungslosigkeit, die viele Millionen bewegt, ist das größte Uebel der gegenwärtigen Zeit. Sie ist aber zugleich der größte Helfershelfer derjenigen politischen Gruppen, die viel zu versprechen vermögen und noch niemals in die Lage kamen, ihr Können zu beweisen.

Die Arbeiterbewegung hat in jedem Frühjahr ebenfalls neue Hoffnungen geschöpft. Sie, deren Aufgabe es ist, der arbeitenden Menschheit den Weg zum Lebensfrühling zu ebnen, durfte nie pessimistisch sein. Es ist heute schwer, Optimismus zu hegen und den verzweifeltsten Menschenmassen neuen Mut einzuflößen. Dennoch, so mühten wir uns immer wieder sagen, noch ist nicht alles verloren, noch haben wir keine Ursache, an unserem Volke und an unserer guten Sache zu verzweifeln. Was die Arbeiterbewegung will, allen Menschen ein größtmögliches Maß von Freiheit und irdischen Lebensgenüssen zu verschaffen, wird und muß für alle Zeit erstrebenswert sein. Deshalb wird sie auch nicht untergehen, sondern sich neu kräftigen, sofern die politische Reaktion und der wirtschaftliche Niedergang einmal überwunden werden. Nur eins müssen wir rückwärts bekämpfen: die Mutlosigkeit und Verzweifelt! Es ist die Eigenschaft jeder miserablen Epoche in der Menschheitsgeschichte gewesen, daß sie die Menschen hoffnungslos macht. Über dessen ungeachtet ist sie immer wieder überwunden worden. Dieses Auf und Ab in der Geschichte der Menschheit ist von Lassalle in seiner berühmten Rede vor den Vorjohr-Arbeitern einmal in folgenden Worten festgehalten worden, die auch heute noch zutreffen:

„Ein Purpurfaun färbt rot und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verflüchtend. Nebel und Wolken raffen sich auf, ballen sich zusammen und werfen sich dem Morgenrot entgegen, seine Strahlen momentan verhüllend, aber keine Macht der Erde vermag das langsame majestätische Aufsteigen der Sonne selbst zu hindern, die, eine Stunde später, aller Welt sichtbar, hell leuchtend und erwärmend am Firmament steht. Was eine Stunde ist in dem Naturchauspiel eines jeden Tages, das sind ein und zwei Jahrzehnte in dem noch weit interessanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufganges.“

## Du und dein Kind.

Wir wollen Gemeinschaft, und doch können wir in diesem Streben nach Gemeinsamkeit von allen nicht an dem einzelnen vorbei. Aus ungezählten einzelnen wird die Gemeinschaft immer bestehen, und nur dann hat sie Charakter und Eigenart, wenn jeder einzelne ganz er selbst ist.

Auch wir leugnen darum die Kraft und Bedeutung der Persönlichkeit nicht. Nur wollen wir alle Persönlichkeiten binden zu einem gemeinschaftlichen Zusammensein.

Das zu wissen und zu erkennen, ist von großer praktischer Bedeutung für die Gegenwart. Es widerspricht dem schöpferischen Wesen des gewerkschaftlichen Menschen, nur theoretisch ein Ziel zu sehen und nur zu glauben an ein Ideal. Wir wollen blutwarmes Leben. Wir wollen das Ideal hineinreißen in die Gegenwart und praktisch in seinem Sinne leben, da das Ideal anders niemals zur Wirklichkeit wird.

Nirgends aber können wir diese Harmonie von Persönlichkeit und Gemeinschaft so durch eigenes Schaffen bilden wie in der Erziehung. Hier bei der Erziehung sind zwei Wesen: du und dein Kind. Und doch soll wiederum eines nur sein: Familieneinheit.

Aber diese Aufgabe an der Familie als der Zelle des Gemeinschaftslebens wird von vielen Müttern verkannt. Und viel-

leicht noch mehr von den Vätern. Sie zwingen dem Kinde einseitig ihren Willen auf. Sie geben dem Kinde keine Freiheit des eigenen Wesens. Und so werden die Kinder leicht weder sie selbst noch die anderen, sondern Zwittergebilde.

In einem Werke über „Die seelischen Gefahren des Kindes“ weist Dr. Bienbaum auch auf diese Gefahr für das Kind hin. „Möge niemand denken“, so schreibt er, „daß man ein Kind jemals zwingen könne, sich in der Richtung zu entwickeln, in der es der Erzieher gern haben möchte! Die Bildung des Lebensstils in einem Kinde ist sein eigener selbstschöpferischer Akt. Wir können ihm nur ganz von ferne helfen, sich selbst ein Leben zu bauen, das dem Sinn des Lebens entspricht. Erziehung ist Schöpfungshilfe.“

Wir haben ein lehrreiches Beispiel für solche Mißbildung des eigenen Ich an Schiller. In einem Briefe an Karoline von Beulwitz schrieb er von der „herz- und geistlosen Erziehung“, die bei ihm einfiel, „die leichte, schöne Bewegung der ersten werdenden Gefühle“ gehemmt habe. Und er bekannte hierzu: „Den Schaden, den dieser unfelrige Anfang meines Lebens in mir angerichtet hat, fühle ich noch heute.“

Das Kind ist ein anderer, neuer Mensch. Und mag es der Mutter ähneln oder dem Vater, es ist doch ein anderes und eigenes Wesen. Man kann es nicht biegen nach eigenem Wunsch. Man kann ihm nur helfen. Lauschen muß man auf die Stimme seines Kindes, das ja nichts leidet von dem, das in ihm geworden ist und aus ihm will.

Und das ist Erziehung zum neuen Menschen, dieses Eigene und Ursprüngliche des Kindes dienstbar zu machen dem Gemeinsamen.

Und das ist die heilige Aufgabe der Mutter, den Freiheitsdrang ihres Kindes durch Liebe zu binden mit dem Gedanken der Menschlichkeit.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Benutzt unsere Bibliotheken!

Die ungeheure Wirtschaftskrise hat eine große Anzahl unserer Kameraden unfreiwillig zur Arbeitslosigkeit, zum „Mühsig-gang“ verdammt. Solange die Möglichkeit besteht, Spaziergänge zu machen, sind diese dazu angetan, sich geistig-körperliche Entspannungen zu schaffen. Anders ist es aber an regenarischen Tagen. Zielen, ja den meisten der Arbeitslosen fehlt warme Kleidung und festes Schuhzeug, um bei den Witterungsverhältnissen länger draußen zu verweilen. Sie sind somit gezwungen, sich im Hause aufzuhalten. Zwischen den engen Wänden und der Hausluft, ohne eine wertvollere Arbeit, wird das Leben langweilig. Rechnet man noch die Not, mit der die Arbeitslosen ständig im Kampf liegen, hinzu, so kann man gut verstehen, daß Mißmut, Unzufriedenheit, Reibereien die Auswirkung solcher Situation sind.

Bei gutem Willen kann man diesen Zuständen bestimmt entgegenzutreten. Ich denke da an unsere Bibliotheken. Sehr viele Gewerkschaftskarteile haben eine solche. Leider ist der Gebrauch davon nicht immer wie er sein müßte. Jetzt, wo die arbeitslosen Kameraden Zeit genug haben, sollten sie ihre Freizeit besser anwenden und in die Bibliotheken gehen. Die Gewerkschaftsbewegung ist ja in erhöhtem Maße auch eine Kulturbewegung. Geist und Wissen aber sind die Voraussetzungen im Klassenkampf. Nicht die Form und Gestaltung der Gewerkschaften hält diese zusammen, sondern der Geist, die Idee, der Glaube und das Wissen. Je besser die Funktionäre und Mitglieder geschult und gebildet sind, um so schlagkräftiger, fester und gehedter ist das Organisationsleben. Ist die Zeit der Arbeitslosigkeit nicht die beste Zeit, sich in alle Dinge zu vertiefen? Daß dabei Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsfragen in erster Linie gemeint sind, braucht wohl nicht betont zu werden. Unsere Bibliotheken haben genügend Bücher solcher Art. Der Marxismus ist heute das heißumstrittenste Problem. Wieweil verlogene, entstellte Auffassungen hört man nicht oft in der Diskussion mit Kommunisten! Mit den „nationalsozialistischen“ Arbeitern braucht man gar nicht die Kernfragen der Marxschen Theorie aufzuwerfen. Nach meinen Erfahrungen fehlt denen meistens jede Grundlage. Hier durch eifrigere Benutzung der Bibliotheken sich wirtschaftlich und politisch besser mit den Dingen vertraut machen, um im Kampf mit den Gegnern gerüstet zu sein, ist eine erforderliche Pflicht.

Zwischen diesem ernsten und trockenen Stoff kann man auch mal einen schönen Roman, ein beheres Buch lesen, gibt es doch eine so große Menge guter Romane und Novellen von Arbeiterdichtern mit Weltrauf. Leider findet unsere Arbeiterdichtung innerhalb der Arbeiterschaft längst nicht den Anklang, der ihr gebührt. Die geistig-seelische Betätigung durch die Benutzung unserer Bibliotheken hilft zweifellos besser und leichter über diese traurige Zeit hinwegzukommen. Manche schöne Perle des Wissens liegt in den Schränken unserer Bibliotheken. Wiewiel Freude, Schönheit, wieweil bereicherndes Wissen zaubert manches Buch hervor! Geht hin und holt euch Bücher, sie warten auf euch, besonders ihr Jungkameraden! Alfons Hoffmann.

15. Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 3. April bis 9. April 1932

Kameraden! Nachdem die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten (Arbeiterbank) in fast allen Gauen Deutschlands Filialen und Zahlstellen besitzt, sind auch unsere Mitglieder verpflichtet, ihr eigenes Geld-Institut in Anspruch zu nehmen. Für die Mitglieder und Funktionäre des Verbandes sind folgende Filialen und Zahlstellen erreichbar, wo Verbands- und Spargelder hinterlegt werden können:

FILIALEN:  
BOCHUM  
BREMEN  
BRESLAU  
DRESDEN  
FRANKFURT a. M.  
HAMBURG

SPART

BANK  
DER ARBEITER  
ANGESTELLTEN  
UND BEAMTEN, a

BERLIN 514, WALLSTRAßE 65



HANNOVER  
MÜNCHEN  
SAARBRÜCKEN

Zahlstellen: Aachen, Celle, Cottbus, Düsseldorf, Gießen, Gleiwitz, Halle, Hannover, Köln, Magdeburg, München, Saarbrücken, Neunkirchen, Püttlingen-Völklingen, St. Ingbert, Sulzbach, Trier, Waldenburg und Weißwasser N.-L. • Zahlstellen im Ruhrgebiet: Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamborn, Hamm, Hattingen, Herne, Lünen, Oberhausen, Recklinghausen, Wanne, Witten.

